



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 11.05.2021, 17:00 Uhr, Online-Sitzung

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Interkommunale Kunstschule Labyrinth
- Jahresbericht 2020
- Änderung Gebührensatzung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 146/21

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Jahresbericht der Kunstschule Labyrinth wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Dem Haushaltsplan der Kunstschule Labyrinth für das Jahr 2022 entsprechend der Anlage 3 wird zugestimmt.
3. Der Anpassung von Gebühren für Jahreskurse und Workshops entsprechend der Anlage 6 wird zugestimmt. Die Gebührensatzung der Kunstschule Labyrinth wird in der Fassung der Anlage 7 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM **Dr. Knecht** prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereichs Kunst und Kultur erläutert den Jahresbericht 2020/2021, geht auf Planungen für das Jahr 2022 ein und stellt die Gebührenerhöhung für das kommende Schuljahr vor.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich für die großartige Arbeit der Kunstschule Labyrinth. Auch in Pandemiezeiten seien die Kinder zur künstlerischen Betätigung angeregt worden.

Stadtrat **Prof. Vierling** freut sich über die Gründung des Fördervereins. Die Schwesterorganisation, die Jugendmusikschule, zeigt, wie wertvoll ein Förderverein für das „Hineinwirken“ in die Elternschaft und Stadtgesellschaft sei. Eine Erhöhung der Beiträge bedauert er, wenngleich er sie für erforderlich hält. Er lobt die digitalen Angebote, spricht aber auch von einer „digitalen Müdigkeit“. Die derzeitigen Angebote seien kein dauerhafter Ersatz für das eigentliche Programm der Kunstschule. Er hofft, dass nach der Coronapandemie der Kunstschule die freien Künstlerinnen und Künstler weiterhin erhalten bleiben und diese sich in der Zwischenzeit nicht andere Jobs gesucht haben. Zur Vorlage signalisiert er Zustimmung.

Stadträtin **Dr. Klünder** bedauert, dass viele Veranstaltungen der interkommunalen Kunstschule Labyrinth pandemiebedingt abgesagt werden mussten. Sie wünscht sich eine baldige „Wiederbelebung“. Die CDU-Fraktion freue sich auch besonders auf die Arbeit eines Mitarbeiters im Bereich Tanz und Theater (Fachbereich Kunst und Kultur). In der Fraktion hätten sie die Erhöhung der Kursgebühren diskutiert, berichtet sie. Auf der einen Seite werden Familien dadurch mehr belastet, auf der anderen Seite sei die Haushaltslange der Stadt sehr angespannt. Nach einer Abwägung dieser Tatsachen seien sie zum Schluss gekommen, dass eine dreiprozentige Erhöhung vertretbar und notwendig sei. Sie hofft, dass es Unterstützung für bedürftige Familien durch die Ludwigsburg Card und das Bundesteilhabepaket gebe. Sie erwähnt, dass die Kunstschule, zusammen mit der Jugendmusikschule und den Vereinen eine wichtige Rolle im Aufholprogramm für Kinder spiele, in der Zeit nach der Pandemie. Sie regt an, in Zusammenarbeit mit der Jugendmusikschule und anderen Vereinen auf dem Gelände der Karlskaserne zusätzlich-zum Ferienkursprogramm ein niederschwelliges Angebot aufzustellen. Eine Finanzierung könnte über den Fond Jugend, Bildung und Zukunft möglich sein. Sie fragt nach, ob die Planung eines solchen Programms auch kurzfristig denkbar sei: Die CDU-Fraktion könne der Vorlage in allen Punkten zustimmen.

Auch von Stadtrat **Lutz** erhält der stellvertretende Fachbereichsleiter ein Dank für seine Arbeit im Jahr 2020. Er bedauert, dass die Kooperation mit den Schulen und Kitas nicht stattfinden konnte. Dies sei ein niederschwelliges Angebot, um Kinder zu erreichen und für Kunst zu begeistern und in der Vergangenheit hervorragend durchgeführt worden. Es sei in der Vergangenheit hervorragend durchgeführt worden. Er hofft, dass für dieses Jahr die eingeplanten Gelder im Haushaltsplan ausgeschöpft werden und das Angebot stattfinden könne: Stadtrat Lutz sorgt sich ebenfalls um die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Einkommensverluste erleiden. Einen sogenannten „Kick-start“, wie von seiner Vorrednerin vorgeschlagen, würde er begrüßen. Die dreiprozentige Beitragserhöhung sei auch für die Freien Wähler vertretbar. Im Sinne der Fraktion stimmt er der Vorlage zu.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** schließt sich dem Dank an. Auch er kenne die „digitale Ermüdung“. Mit Sicherheit werden digitale Formate bleiben, die positiv sein können. Doch bei der Arbeit mit Kindern sei dies schwierig. Ob Kontakt zu den freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehe, will er wissen. Ihn interessiert, wie es ihnen finanziell und emotional gehe und ob sie nach der Krise noch zur Verfügung stehen würden.

Stadtrat **Haag** freut sich über die Gründung des Fördervereins und fragt nach, ob es bereits Werbemaßnahmen gebe. In Bezug auf den Haushaltsplan will er wissen, ob es Hilfsprogramme für die Kunstschule gegeben habe.

Die Gebührenerhöhung trage die FDP-Fraktion mit, verkündet Stadtrat Haag.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** nimmt die Idee von Stadträtin Dr. Klünder gerne auf. Für 2020 zeichne sich bereits eine hohe Nachfrage für das Sommerangebot der Kunstschule ab. Man wolle die Angebote über das städtische Bewerbungsorgan hinaus noch stärker bewerben. Man reagiere auf die hohe Nachfrage und werde weitere Kurse planen.

Auf die Frage nach den freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter antwortet er, dass viele nicht auf die Coronahilfen zurückgreifen konnten und sich beruflich umorientiert haben: Die Loyalität und Bindung der freien Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Kunstschule sei hoch und man habe sich bemüht, die Menschen in ihrer schwierigen Situation zu beraten und zu unterstützen. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werde man wohl verlieren. Sollte die Krise bis Sommer überwunden sein, zeigt er sich dennoch zuversichtlich.

Zum Förderverein erklärt er, dass die Gründungsversammlung bereits stattgefunden habe. Aktuell warte man die Gemeinnützigkeitsprüfung ab. Der Förderverein werde vermutlich am 8. Juli handlungsfähig sein. Er solle auf jeden Fall beworben werden.

Zum Thema Hilfsprogramm erwähnt er, dass die Kunstschule dem Kultusministerium zugeordnet sei und somit nicht bei Ausschreibungen des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst partizipieren könne. Bei vielen Förderprogrammen seien die Kommunen ausgeschlossen. Dies sei einer der Gründe, warum man den Förderverein gegründet habe.

Stadtrat **Meyer** betont, in den Sommerferien bestehe die optimale Gelegenheit, ein Kunst- und Kulturprogramm für die Kinder und Jugendlichen auf der Karlskaserne anzubieten sowie den freien Mitarbeitern eine Perspektive zu geben. Er motiviert die Mitarbeitenden des Fachbereichs proaktiv Angebote zu machen. Er könne sich gut vorstellen, dass nach Vorlage eines Konzepts, der Gemeinderat noch vor der Sommerpause Geld aus dem bereits erwähnten Fond zur Verfügung stellen könnte.

OBM **Dr. Knecht** hält die Förderung über den Fond Jugend, Bildung und Zukunft für machbar, sowie über die Stiftung Wüstenrot.

Stadträtin **Dr. Klünder** appelliert, dass auch bildungsferne Familien erreicht werden müssen. Das könnte über Werbung an Schulen und Kitas geschehen.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** nimmt die Impulse gerne mit auf und versichert, er betreibe aktiv Planungen. Er freut sich über die positive Rückmeldung der Gemeinderäte.

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 146/21 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen berichtet kurz über die Ermächtigungsüberträge von 2020 in 2021.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich bei dem Vortragenden und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** stellt die Rückfrage, ob es eine Bugwelle an geplanten Investitionsmitteln gebe, die nicht abfließen können. Ob regelmäßig mehr Investitionsmittel veranschlagt, als letztendlich ausgegeben werden, will er wissen und ob man daran etwas ändern sollte.

Stadtrat **Weiss** gibt seinem Vorredner zur Antwort, dass punktgenaue Planungen der Kosten unrealistisch seien und auch in Zukunft sein werden. Er fragt, was passiere, wenn Finanzierungsengpässe entstehen und welche verwaltungsinterne Lösung es gebe.

Stadtrat **Haag** bezieht sich auf die 12 Millionen Euro, die nicht abgerufen wurden. Er fragt nach, ob es sich damit um den Wert handle, der im Verhältnis zum Nachtragshaushalt noch nicht abgerufen wurde bzw. welche Planung betroffen sei.

Der **Fachbereichsleiter** antwortet, von einer Bugwelle wolle er nicht reden. Investiv werden 2 Millionen Euro weniger übertragen, konsumtiv kein Betrag. Die einzige Möglichkeit, um die Ermächtigungsüberträge noch niedriger zu halten, sei bei der Planung Projekte zu schieben und deutlich weniger zu veranschlagen. Sein Vorschlag, einen Baukostendeckel einzuziehen, werde umgesetzt. Im Juli sei der Eckdatenbeschluss. Bei den Fachbereichen werde der einzustellende Betrag abgefragt.

Beim Baumanagement gebe es unterschiedliche Gründe für Verzögerungen.

Viele Planmittel des Haushaltsplans 2021 fließen momentan nicht ab. Wenn außerordentliche Zahlungen auf die Stadt zukommen würden, könnten diese aus dem Haushalt 2021 gedeckt werden.

Bei den 12 Millionen Euro, die nicht abgerufen wurden, handle es sich um Planmittel aus 2020 und Ermächtigungsüberträge des Jahres 2019.

OBM **Dr. Knecht** verweist nochmals auf die fehlende Ermächtigungsübertragung im konsumtiven Bereich. Er betont, dass Kämmerei, die Dezernate und Fachbereiche damit gemeinsam das Ziel der Einsparung verfolgen. Mit dem Eckdatenbeschluss soll mit dem Gemeinderat im Sommer eine Linie erarbeitet werden, um einen klaren Rahmen für den Konsolidierungsprozess festzusetzen.

Empfehlungsbeschluss:

Die bisher jährliche Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Bürgerstiftung Ludwigsburg durch den städtischen Fachbereich Revision wird auf einen zweijährigen Turnus abgeändert. Die Übertragung der Prüfung gemäß § 112 Abs. 2 GemO vom Jahr 1999 (Vorlage Nr. 357/99) wird dahingehend angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen berichtet zur Bürgerstiftung Ludwigsburg. Er erläutert, warum anstatt einer jährlichen Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens nur noch alle zwei Jahre eine Prüfung stattfinden sollte.

Auf eine Aussprache wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 136/21 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der **zweite Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH (SWLB) berichtet zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich beim Vortragenden und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Girrbach** möchte sich vergewissern, dass das Netz eine obligatorische Infrastruktur sei, um zukunftsgerichtet dezentrale Elemente, wie z.B. Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) und Speicherladesäulen, zu steuern. Welche Folge habe es, wenn der Gemeinderat der Beteiligung an der Versorger-Allianz 450 GmbH & Co. KG nicht zustimme, fragt er nach. Eine Rendite für die Stadt von 15 Prozent halte er für sehr hoch. Wie hoch die Ausfallrisiken seien und wo das Geld herkomme, will der Stadtrat wissen, wenn die Versorger gleichzeitig die Kunden seien.

Stadtrat **Meyer** wundert sich, dass das Thema als öffentlicher TOP in der WKV-Sitzung behandelt wird. Seiner Meinung nach sollte erst nichtöffentlich beraten werden. Die CDU-Fraktion werde heute nur Fragen stellen und sich voraussichtlich enthalten, kündigt er an. Eine vertiefte Beratung sollte im Aufsichtsrat stattfinden.

Sicherheit und Netzverbindung sei ihm ein wichtiges Anliegen. Er fragt, ob es bei der Beteiligung an der Versorger-Allianz 450 GmbH & Co. KG zu einer Nachschusspflicht für die SWLB kommen könnte und ob es eine Deckelung gebe. Hierzu bittet er um weitere Auskunft. Zwecks der Renditenhöhe gibt er seinem Vorredner recht, diese erscheine unglaubwürdig. Außerdem will er wissen, ab wann es den zusätzlichen Erlös gebe. Im Gesellschaftervertrag stehe, dass Kündigungen ab 2040 möglich seien. Er wünscht sich eine Antwort, ob es vorkommen kann, dass die hohe Rendite womöglich erst kurz vor der Kündigung ausgezahlt werde.

Stadtrat **Weiss** meint, er habe verstanden, dass die Funkreferenz dringend notwendig sei. Die Frage sei nur, wer das Netz betreibe und wer daran verdiene. Dabei verweist er auf die Rendite. In Bezug auf den Gesellschaftervertrag stellt er klar, dass er Regelungen zu den Nachschusspflichten enthalte, diese müssten allerdings gesellschaftlich mehrheitlich beschlossen werden. Hierüber müsste im Aufsichtsrat diskutiert werden, merkt er an. Der Aufsichtsrat könne den Beschluss auch nur unter Vorbehalt des Gemeinderats treffen. Er will außerdem wissen, wie hoch die Einlage der SWLB sei und welcher Betrag maßgeblich für die Rendite sei.

Stadtrat **O'Sullivan** erinnert, dass der TOP erst nächste Woche auf der Tagesordnung des Aufsichtsrats stehe und dort besprochen werde. Ihm sei die Unternehmensstruktur nicht klar. Wer dahinterstehe, will er wissen. Er bekundet Zweifel, heute darüber zu beraten und zu entscheiden.

Der **zweite Geschäftsführer** der SWLB erklärt, dass finanzielle Fragen und Details im Aufsichtsrat besprochen werden. Für die Netzsteuerung der Zukunft für die Energie- und Verkehrswende brauche man nicht-kabelgebundene Lösungen, hebt er hervor. Dies sollte ein Netz sein, das nicht von der breiten Öffentlichkeit genutzt wird, sonst sei die Priorisierung zur Steuerung nicht gegeben. Es könne alternativ ein anderes Netz genutzt werden. Der Vorteil der Beteiligung sei die Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu einer eigenen Funklizenzbeantragung von jedem einzelnen Stadtwerk.

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor, heute noch keinen Beschluss zu fassen. Stattdessen soll die Beratung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH am 18.05.2021 abgewartet und die aufgeworfenen Fragen dort diskutiert werden. Die Beschlussfassung über die Vorlage Nr. 121/21 wird in der nächsten Gemeinderatssitzung am 19.05.2021 erfolgen. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden. Damit schließt OBM Dr. Knecht den öffentlichen Teil der Sitzung.